

11-19 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 15 J

1983 -06- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Stummvoll, *Syrid Tichy-Schieder*  
und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend bevorzugte Förderung der Lehrlingsausbildung in  
der verstaatlichten Industrie

Dem "KURIER" vom 7.5.1983 ist zu entnehmen, daß es einen  
Erlaß des Sozialministeriums gibt, wonach verstaatlichte  
Betriebe im Ausbildungsjahr 1983/84 monatlich S 7.000,--  
für jeden Lehrling erhalten, den sie über den Eigenbedarf  
hinaus aufnehmen. Insgesamt sollen aufgrund dieses Erlasses  
549 Lehrplätze im Bereich der verstaatlichten Industrie sub-  
ventioniert werden.

Im Vergleich dazu erhalten aufgrund des Arbeitsmarktpolitischen  
Jugendprogramms '83 des Bundesministeriums für soziale Ver-  
waltung private Betriebe, die über den eigenen Bedarf hinaus  
Lehrlinge aufnehmen, von der Arbeitsmarktverwaltung unter be-  
stimmten Voraussetzungen Beihilfen nach dem AMFG bis zu  
S 2.500,-- monatlich.

Die Regelung in dem gegenständlichen Erlaß stellt somit eine  
eklatante Bevorzugung der verstaatlichten Industrie dar und  
bedeutet einen Schlag ins Gesicht für die zahlreichen privaten  
Klein-, Mittel- und größeren Betriebe, die die Hauptlast der  
Lehrlingsausbildung in Österreich tragen.

Nach Kritik und Empörung über diese Ungleichbehandlung in den  
Kreisen der Wirtschaft hat der Bundesminister für soziale  
Verwaltung in einer Presseaussendung gegenüber der APA

-/2

unter anderem gemeint, daß "nirgends anders diese große Zahl von Lehrlingen eine so anerkannt hochwertige Ausbildung genießen (könnte), wie das durch diese Aktion ermöglicht wird." Weiters meint er, daß "sowohl die Förderungshöhe als auch die Vorgangsweise voll und ganz den geltenden Bestimmungen (entspricht)."

Aufgrund dieses Sachverhalts richten daher die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

#### A n f r a g e

1. Sind Sie bereit, den genannten Erlaß den unterfertigten Abgeordneten zur Einsicht zur Verfügung zu stellen ?
2. Welche verstaatlichten Betriebe sind von dieser Aktion erfaßt und in welchem Ausmaß an Lehrplätzen ?
3. Womit rechtfertigen Sie die eklatante Ungleichbehandlung in der Lehrlingsförderung zwischen privater Wirtschaft und verstaatlichter Industrie ?
4. Wie kommen Sie in der oben genannten Presseaussendung zu der unglaublichen Diffamierung der Ausbildungsleistung aller anderen österreichischen Betriebe, indem Sie meinen, daß nirgends anders diese große Zahl von Lehrlingen eine so anerkannte hochwertige Ausbildung genießen könnte wie in der verstaatlichten Industrie ?
5. Wie kommen Sie in der selben Presseaussendung zu der Behauptung, daß die Förderungshöhe voll und ganz den geltenden Bestimmungen entspreche, wo doch im Arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm '83 des Bundesministeriums für soziale Verwaltung die Beihilfen zur Förderung von zusätzlichen Lehrstellen mit S 2.500,-- monatlich begrenzt sind ?
6. Warum haben Sie bei der gegenständlichen Aktion nicht auf die im AMFG (§ 45) vorgesehene Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Interessenvertretungen sowie mit den kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen der Dienstgeber und der Dienstnehmer Bedacht genommen ?
7. Sind Sie bereit, eine Gleichbehandlung der privaten Betriebe mit der verstaatlichten Industrie im Bereich der Lehrlingsförderung herzustellen?